Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe unverlangter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 17,500.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.,
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 45 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 333. Mittwoch den 29. November 1882. 76. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung,
die Ausloosung Leipziger Stadtschuldscheine betreffend.

Die Ausloosung von 18,900 ℳ Capital der Anleihe vom 1. Juli 1856, von 32,400 ℳ Capital der Anleihe vom 9 April 1864, von 10,500 ℳ Capital der Anleihe vom 2. Januar 1865 (Theateranleihe), von 13,500 ℳ Capital der Anleihe vom 12. Juni 1868 und von 28,900 ℳ Capital der Anleihe vom 4. September 1876 soll

den 5. December d. J.,

Vormittags um 10 Uhr, im Stadthause, Obstmarkt Nr. 3, Zimmer Nr. 53, öffentlich erfolgen.

Leipzig, den 25. November 1882.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Seidemann.

Grundstücks-Versteigerung.

Die **beiden** der Stadtgemeinde Leipzig gehörigen **Parzellen des Flurbuchs für Gohlis:**

Nr. 154, an der **Albertstraße** gelegen, von **2865 Quadratmeter** und

Nr. 170, der an der **Ecke** der **Augusten-** und **Albertstraße** gelegene **Bauplatz** von **891 Quadratmeter** Flächengehalt, sollen

Freitag, den 1. December d. J.,
Vormittags 11 Uhr

im Saale der Alten Waage, Katharinenstraße Nr. 29, 2. Etage, **zum Verkaufe versteigert** werden und zwar **zuerst** beide Parzellen **zusammen, dann noch einmal** jede Parzelle **einzeln für sich.**

Der Versteigerungstermin wird pünctlich zur anberaumten Stunde eröffnet und die Versteigerung sowohl bezüglich der zusammen als der einzeln ausgebotenen Parzellen jedesmal geschlossen werden, wenn darauf nach dreimaligem Ausrufe kein weiteres Gebot mehr erfolgt.

Die Versteigerungsbedingungen nebst Situationsplan liegen auf dem Rathhaussaal, 1. Etage, zur Einsichtnahme aus.

Leipzig, den 10. November 1882.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Cerutti.

Bekanntmachung.

Im Hofe der hiesigen Gasanstalt sollen

am 12. December d. J., Nachmittags 3 Uhr,

ungefähr 70,000 Kilo altes Gußeisen und
" 3,400 Kilo altes Schmiedeeisen incl. Blechstücke

in zwei unter sich getrennten Partien an den Meistbietenden, jedoch mit Vorbehalt der Auswahl unter den Licitanten, öffentlich versteigert werden.

Die Licitationsbedingungen sind im Bureau der Gasanstalt einzusehen, auch gegen Erlegung der Gebühren daselbst in Abschrift zu erhalten.

Leipzig, den 23. November 1882.

Des Raths Deputation zur Gasanstalt.

Bekanntmachung.

Am 24. dss. Mts. ist im Rosentoiche, unweit des Kettenstegs, der Leichnam eines unbekannten, anscheinend dem Handwerkerstande angehörenden, etwa 20—25 Jahre alten, 1 m 58 cm großen Mannes, mit blonden (lockigen) Haar und Schnurrbart und von schmächtiger Statur, erhängt aufgefunden und polizeilich aufgehoben worden.

Bekleidet war der Leichnam mit dunklem Stoffrock, ebensolcher Hose und Weste, grauem Sommerüberzieher mit Sammetkragen, Barchentjemd und Stiefeletten, und fanden sich in den Taschen zwei Schlüssel, ein Portemonnaie mit 4 ℳ 25 ₰, eine auf „Wilhelm Hoole, Hutmacher" laufende Visitenkarte, ein Wäschezettel und ein in ungarischer Sprache geschriebener Brief vor.

Da die Persönlichkeit des Entleibten, zu deren Recognition namentlich der Umstand dienen könnte, daß der linke Arm, der linke Zeige- und Goldfinger, sowie der rechte Mittelfinger verkrüppelt sind, nicht hat festgestellt werden können, so bitten wir hiermit um schleunige Benachrichtigung, falls Jemand über Namen und Stand des Todten Aufschluß zu geben im Stande sein sollte.

Leipzig, am 27. November 1882.

Das Polizei-Amt der Stadt Leipzig.
Z. B.:
Junck, Pol.-Rath. R.

Bekanntmachung.

Sonnabend, den 2. December 1882,
10 Uhr Vormittags,

sollen im Grundstücke Lindenstraße Nr. 11/12 allhier 11 Stück Transmissionen mit 42 Lagerbocken und 25 Riemenscheiben, 1 Fahrstuhl mit Transmission, 295 Meter Rohrleitungen und 12 verschiedene Treibriemen öffentlich an den Meistbietenden gegen sofortige Baarzahlung versteigert werden.

Leipzig, den 27. November 1882.

Thierbach, Gerichtsvollzieher.

Bekanntmachung.

Sonnabend, den 2. December 1882,
2 Uhr Nachmittags,

sollen im gerichtlichen Auctionslocale ca. 250 Mille Fahnleten, 5 Centner verzinnter Draht, 6 große Schraubstöcke, 21 gelochte Zinkbleche, 300 Stück div. eiserne Gewichte, 400 Packete eiserne Holzschrauben, 40,000 Stück Splinten (Vorstecher), 8500 Stück Wagenschrauben, 4 Kasten blanke Muttern, 14 Stück Armfeilen, 130 Buch Feuerbriefpapier, 75 Buch Schmiergelpapier, 130 Buch Schmiergelleinwand, 55 Dutzend kleine Feilen, 6 Bräckenwagen, sowie ferner einige Möbel und ein Pianoforte ꝛc. öffentlich an den Meistbietenden gegen sofortige Baarzahlung versteigert werden.

Leipzig, den 27. November 1882.

Thierbach, Gerichtsvollzieher.

Nichtamtlicher Theil.

Die Revision des Berliner Vertrages.

Der „Golos" hat das Räthsel gelöst, welches die Reise des russischen Ministers des Auswärtigen v. Giers bisher umgab; Rußland ist es müde, den Berliner Vertrag des Jahres 1878 länger als Hemmniß seiner Pläne zu betrachten, es will die volle Freiheit, auf der Balkanhalbinsel nach Belieben zu schalten und zu walten, wieder erlangen, welche ihm der Vertrag von San Stefano einräumte — Das ist der eigentliche Zweck der italienischen Reise des Herrn v. Giers. Daher die kaum begreifliche Zurückhaltung, welche Rußland bis dahin Angesichts der englischen Besitznahme Egyptens beobachtet hat. Rußlands Diplomatie genoß von jeher den Ruf besonderer Geschicklichkeit, sie hat niemals eine günstige Gelegenheit versäumt, welche sich ihr darbot, um Rußlands Macht und Länderbesitz zu erweitern und sie hat es stets verstanden, die frühere Ungunst der Verhältnisse durch spätere kühne Schachzüge wieder auszugleichen. So warf Fürst Gortschakoff im Jahre 1870 die Pontusfrage auf und löste sie mit Deutschlands Hilfe zum Vortheil Rußlands, die Scharte des Krimkrieges zum Theil wieder auswetzend, und ebenso sucht jetzt sein Nachfolger Giers aus der englischen Expedition nach Egypten Vortheil zu ziehen und die Einbuße an gehofftem Gewinn, welche der Berliner Vertrag Rußland auferlegte, wieder wett zu machen. Diese Handlungsweise entspricht so vollständig den russischen Traditionen, daß man dem „Golos" aufs Wort glauben könnte, selbst wenn nicht noch andere Symptome dafür sprächen, daß der „Golos" das Richtige getroffen hat.

Als noch die Conferenz in Konstantinopel tagte, um die Kühnheit Gladstone's in Schranken zu halten, da tauchte schon der Plan Rußlands auf, den Berliner Vertrag als Compensationsobject für die englischen Eroberungspläne in Egypten auszuspielen. Als Herr v. Nelidoff erschien, um den Geschäftsträger Daun abzulösen, ging Jenem bereits der Ruf voran, daß er die Conferenz mit einem derartigen Antrage überraschen werde. Nur die Schnelligkeit, mit welcher England in Egypten vorging, hinderte Herrn v. Nelidoff, schon damals mit seinen Absichten offen hervorzutreten; die Besitznahme des Suezcanals durch Admiral Seymour bereitete bekanntlich den Berathungen der Conferenz ein jähes Ende. Aber Rußland hatte schon vorher laut betont, daß die endgiltige Gestaltung der egyptischen Verhältnisse nur unter Zustimmung Europas erfolgen könne. Die übrigen Mächte hatten ihr Einverständniß mit dieser Auffassung ausgedrückt und das englische Blaubuch hat darüber Aufschluß gegeben, daß England eine solche Verpflichtung Europa gegenüber stets als unzweifelhaft anerkannt hat. Jetzt beginnen die Dinge in Egypten allmälig Gestalt anzunehmen und deshalb glaubt Rußland die Zeit gekommen, um auf die Ausführung seines längst gefaßten Entschlusses zurückzugreifen.

An wen konnte sich Herr v. Giers in dieser Angelegenheit sonst wenden, als an den Vorsitzenden des Berliner Congresses? Fürst Bismarck gilt in Rußland als derjenige, welcher ihm die Früchte des türkischen Feldzuges des Jahres 1877 zu einer Zeit, als es sich schon im sicheren Besitze derselben anfah, zum Theil wieder entwunden hat, und deshalb richtet Rußland seine alten Wünsche an diese Adresse. Natürlich kann Deutschland in einer Angelegenheit, welche unter der Mitwirkung sämmtlicher Großmächte zum Abschluß gelangt ist, nicht allein Entscheidung treffen und darum genügt vorläufig seine Zustimmung zur Einberufung eines Congresses zur Regelung der egyptischen Staatsfrage und zugleich der Revision des Berliner Vertrages, wenn die Mächte eine solche für zulässig erachten sollten. Unter solchen Umständen war der Leiter der auswärtigen Politik Deutschlands kaum in der Lage, Herrn v. Giers irgend welche bestimmte Zusicherungen zu geben, höchstens konnte er die Unterstützung der Wünsche Rußlands dem Congresse gegenüber in Aussicht stellen. Ueber Vorbesprechungen in dieser Beziehung ist man in Varzin sicher nicht hinausgekommen, da eine vorzeitige Enthüllung der Absichten Rußlands kaum im Plane des Herrn v. Giers liegen konnte; aber auch ohne bestimmte Erklärungen ist man an der Hand des Vertrags von San Stefano sehr wohl in der Lage, zu ermessen, wo Rußland hinaus will.

Um seinen Wünschen Nachdruck zu verleihen, rasselt Rußland stark mit dem Säbel und läßt die neuen Dragoner-Regimenter mit vielem Geräusch sich an der preußischen und österreichischen Grenze zeigen. Wohin das zielt, weiß man in Berlin ebenso gut wie in Wien, aber auch in Petersburg ist man sich bewußt, an welcher Stelle man mit solchen Demonstrationen Eindruck machen will. Forderungen, wie sie Rußland auf dem nächsten europäischen Congreß zur Regelung der egyptischen Angelegenheit erheben will, kann man nicht geltend machen, wenn man nicht eventuell bereit ist, sie mit den Waffen in der Hand zu verwirklichen und daß Rußland so weit zu gehen entschlossen ist, muß es wenigstens durchblicken lassen.

Rußland hat, als Herr v. Giers und Gortschakoff den Berliner Vertrag unterzeichneten, diesen Schritt nur mit dem Hintergedanken gethan, das Provisorium, welches er schuf, bei nächster Gelegenheit umzustoßen und den Vertrag von San Stefano wieder herzustellen. Daß die Macht, welche 1877 den Krieg gegen die Türkei unternahm, ihre Absichten nur zum kleinsten Theile erreicht hat, zeigt der Fall, welcher jetzt vorliegt. Aleko Pascha verweigert als Regent von Ostrumelien seine Zustimmung zur Erbauung einer Capelle auf dem Schipkapaß, für welche Rußland die Kosten gesammelt hat. Aleko Pascha beruft sich bei seiner Weigerung darauf, daß er nur dem Sultan Rechenschaft über seine Handlungen schuldig sei, und wenn nicht Marquis v. Noailles vermittelnd eingetreten wäre, so würde Aleko Pascha sich schwerlich entschieden haben, Rußland zu Willen zu sein.

Was Rußland will, ist klar. Die Türkei soll überhaupt aufhören, dieser Macht gegenüber noch einen eigenen Willen zu haben, der Sultan soll den Kaiser von Rußland als seinen Oberherrn anerkennen und sonst keinen anderen Einfluß auf sich wirken lassen. Als noch Ignatieff Rußland in Konstantinopel vertrat, da hatte er den Ton gegen den Sultan angestimmt, welcher den Wünschen der Russen entspricht; dann hatte er den Krieg vorbereitet und schließlich war der angestrebte Zweck doch nicht erreicht worden.

Jetzt ist es so weit gekommen, daß auch der König von Serbien sich den Absichten Rußlands zu widersetzen wagt; Fürst Nikita von Montenegro ist der einzige Fürst auf der Balkanhalbinsel, der vollständig unter russischem Einfluß steht, sogar Alexander von Bulgarien scheint einen gewissen Grad von Selbstständigkeit Rußland gegenüber zu beanspruchen. Das sind Verhältnisse, welche Rußland auf die Dauer nicht ruhig ertragen kann und deshalb will es die Gelegenheit zur Revision des Berliner Vertrags nicht ungenutzt vorüber gehen lassen. Ganz leicht wird es Rußland in diesem Falle nicht werden, seine Absicht zu erreichen, denn Deutschland beherrscht in der egyptischen Frage die Lage nicht in dem Maße, wie zu der Zeit des deutsch-französischen Krieges und außerdem hat es auch Rußland keinen Dank für geleistete Dienste abzustatten. Das fällt schwer ins Gewicht; es kommt aber noch hinzu, daß Deutschland in herzlichem Einvernehmen mit Oesterreich-Ungarn steht und einen Angriff auf diese Macht schwerlich Gewehr bei Fuß dulden würde. Freilich ist die Neutralität Oesterreich-Ungarns im russisch-türkischen Kriege durch die Einräumung des Besitzes von Bosnien und der Herzegowina belohnt worden, aber dieser Besitz ist vorläufig mehr Last als Gewinn für Oesterreich-Ungarn.

Die Revision des Berliner Vertrages eröffnet die Aussicht auf außergewöhnliche Schwierigkeiten und es wird der ganzen Geschicklichkeit des Fürsten Bismarck bedürfen, um den Weg aus diesem Labyrinthe zu finden. England ist der Urheber dieser bedenklichen Lage und wird jetzt erst der Folgen inne werden, welche die mit so leichtem Herzen begonnene egyptische Expedition in ihrem Schooße birgt.

Leipzig, 29. November 1882.

* Zur parlamentarischen Lage wird uns aus Berlin vom Montag geschrieben: „Der Reichshaushaltsetat wird dem Reichstage sofort nach seinem Wiederzusammentritt am Donnerstag zugehen. Derselbe wird morgen endgiltig fertig gestellt. Es ist zu erwarten, daß in der Generaldebatte der preußische Steuerplan, welcher allerdings in festen Linien dem Landtage noch immer nicht vorgelegt ist, ebenfalls zur Erörterung kommen wird, ebenso wie die Frage der Kornzölle.

Was den Steuerplan anbelangt, so bringt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" in ihrer heutigen Morgen- und Abendnummer zwei Artikel, welche sich in gewisser Weise widersprechen. Während sie in dem ersten dem Gefühle einer gewissen Befriedigung darüber Ausdruck giebt, daß in der Generaldebatte zwar auf sehr verschiedene Wege hingewiesen worden sei, je nach dem Parteistandpunct den Ausfall, welcher durch den Erlaß der vier untersten Stufen der Classensteuer entsteht, zu decken, indessen doch die Ueberzeugung aus der Discussion sich ergeben habe, daß die Conservativen außer der von Seiten des Centrums zugesagten Unterstützung in wirthschaftlichen Fragen bis in die Linke hinein für gewisse Steueräquivalente Zustimmung finden können; beschäftigt sich der zweite Artikel in zwar wohlwollender Weise besonders mit der Rede des Professor Wagner, gegen welche besonders die Unmöglichkeit betont wird, die Beweglichkeit der Einkommensteuer in unser parlamentarisches Leben einzuführen. Es ist auch eigenthümlich, daß die „gewissen Steueräquivalente", von denen das officiöse Blatt spricht, die Capitalrentensteuer und die Erhöhung der oberen Stufen der Einkommensteuer gerade in der letzten Zeit von der „Provinzialcorrespondenz" nachdrücklich verworfen worden sind, und daß doch die „Norddeutsche" heute hervorhebt, daß der „Coupondabschneider", wie sie sich ausdrückt, besonders besteuert werden muß, daß dagegen die Einkommensteuer Denen, welche bereits Gewerbe-, Grund- und Gebäudesteuern zahlen, nicht noch besonders zur Last fallen darf. Dieser Widerspruch ist nur dadurch zu erklären, daß unserem Finanzministerium, wie Herr Wagner zum Leitwesen seiner Partei hervorhebt, ein bestimmt ausgearbeiteter Plan noch nicht vorliegt. Das giebt die „Norddeutsche" bereitwillig zu, daß auch die fünfte Stufe, bis zu 1500 ℳ, einkommensteuerfrei bleiben soll. Indeß damit sagt sie ja nichts Neues, da jene große Finanzrede des Fürsten Bismarck, welche ihrer Zeit dem Minister Hobrecht das für ihn verhängnißvolle Wort „Zukunftsmusik" entpreßte, bekanntlich einen noch weitergehenden Plan dem erstaunten Reichstage entwickelte. Im Ganzen genommen mag man den Artikel lesen wie man will, so weiß man nicht recht, was in Aussicht genommen werden soll. Eine sofortige weitere Durchführung der Finanzreform ist von Herrn Scholz, wie das Blatt sagt, nicht zu erwarten, da er erst wenige Monate im Amte ist und in seinen Ueberzeugungen von denen seines Amtsvorgängers durchaus abweicht. Diese Ausführung steht wiederum in Widerspruch mit Dem, was wir aus dem Munde des Herrn Scholz selbst in seiner letzten Etatsrede gehört haben. Eigentlich kann man nichts weiter der „Norddeutschen" sowohl wie den anderen officiösen Auslassungen entnehmen, als „daß etwas geschehen muß". Warum? nun darüber werden Wenige zweifelhaft sein, welche die Entwickelung oder vielmehr die Rückwärtsbewegung unseres Staatsmagnus in den letzten vier Jahren mit offenen Augen beobachtet haben.

Es soll eben das Volk, man verzeihe uns den Ausdruck, als „Stimmvieh", gewonnen werden zur Unterstützung der weiteren Reaction. Fürst Bismarck selbst steht unserer Ueberzeugung nach durchaus nicht auf dem politischen Boden der Kleist-Retzow und seiner Freunde, und es wäre um so bedauerlicher, wenn es der nationalliberalen Partei nicht gelingen sollte, wozu ihr die Wege durchaus nicht verschlossen sind, wieder das Ohr des Fürsten Bismarck zu gewinnen. Einer Reform unseres Steuersystems, soweit sie die bewährten Traditionen nicht verläßt, sind die Liberalen in keiner Weise abhold; und daß die nothwendigen Bedürfnisse befriedigt werden müssen, ohne daß dadurch ein zu großer Druck auf dem kleinen Manne lastet, darüber herrschte grade innerhalb der nationalliberalen Partei niemals eine Meinungsverschiedenheit. Wir können nur wünschen, daß die conservative Partei durch Herrn Wagner genügend aufgeklärt werde, um die Annäherung an die Nationalliberalen zu ermöglichen — dann wird die Unterstützung des Centrums überflüssig werden.

Daß eine solche übrigens auch weiteren Kreisen der conservativen Partei mehr und mehr lästig wird, zeigt eine heutige Ausführung der „Post", welche ziemlich deutlich zu verstehen giebt, daß bei einer Annahme des Antrages Germain-Winterer durch den Reichstag die Auflösung desselben nicht unwahrscheinlich ist. Dasselbe Gerücht tritt heute in Abgeordnetenkreisen stärker als je auf. Freilich können wir, wie wir bereits ausgeführt, der Annahme nicht zustimmen, daß auf diese Möglichkeit in den Kreisen des Bundesraths gerechnet wird."

* Sämmtliche Berliner Blätter bringen Nachrufe für den verstorbenen früheren preußischen Ministerpräsidenten Freiherrn Otto v. Manteuffel. Der Verstorbene stand bekanntlich, was merkwürdiger Weise in keinem der heute mitgetheilten Biographien bemerkt ist, in seiner Jugend ebenso wie sein Vetter, der Statthalter von Elsaß-Lothringen, Edwin v. Manteuffel, in sehr nahen persönlichen Beziehungen zu unserem Kaiser. Beide Vettern waren dessen Spielgenossen und hatten längere Zeit mit ihm denselben Unterricht. Die freundschaftlichen Beziehungen unseres Kaisers zu dem Statthalter v. Manteuffel dauern bekanntlich noch heute fort, während die zu dem Verstorbenen schon anfangs der fünfziger Jahre getrübt waren. Wie man weiß, wurde er im Jahre 1844 durch unseren Kaiser, den damaligen Prinzen von Preußen, welcher zu jener Zeit den Vorsitz im Staatsministerium führte, aus seiner Stellung als Regierungs-Vicepräsident als persönlicher vortragender Rath nach Berlin berufen. Als Otto v. Manteuffel später an die Spitze der preußischen Regierung gelangt war, dehnte er sein politisches Spionagesystem so weit aus, daß er selbst unserem Kaiser lästig fiel. Als im October 1858 Prinz Wilhelm als Regent die Staatsherrschaft übernahm, war seine erste Amtshandlung die Entlassung des Ministeriums Manteuffel. Ganz Preußen, ganz Deutschland athmete auf, wie von einem drückenden Alp befreit. — Seitdem schon war Herr v. Manteuffel ein todter Mann, und nun ist der November-Mann auch im November von der Erde geschieden. Daß auch die Conservativen vom Odem der Zeit nicht unberührt geblieben sind, dafür zeugt der Artikel der „Kreuzzeitung", welche den ihm nur den äußern Lebensgang bringt und eigentlich nichts weiter zu rühmen weiß, als daß er seit dem Tode des Grafen Wrangel der älteste Ritter des Schwarzen Adlerordens gewesen ist. Die „Post" sagt: „Es bleibt ihm der Ruhm eines vornehmen Mannes", nachdem sie vorher bemerkt, daß er nach seiner Ernennung zum Minister des Auswärtigen ein Feld betrat, für welches er nicht vorbereitet war. Das genügt!

* Auf der Tagesordnung der ersten Reichstagssitzung steht unter Anderm auch eine Interpellation des Abgeordneten Schulze-Delitzsch, ob von der Reichsregierung bereits die vorbereitenden Schritte zur Einbringung der Novelle zum Genossenschaftsgesetze gethan seien, „wie dies nach der Erklärung des Staatssecretairs Dr. v. Schelling in der Reichstagssitzung vom 18. Mai 1881 — dem Beschlusse des Bundesraths gemäß — im Anschluß an die Actienrechtsnovelle verheißen wurde". Wie uns mitgetheilt wird, sind in der That die in Aussicht gestellten einleitenden Schritte geschehen. Der Entwurf ist im Reichsjustizamt bereits vollendet und soll dieser Tage dem Bundesrath zugehen. Die Interpellation wird demnach in bejahendem Sinne beantwortet werden.

* Der Reichsregierung wird die Absicht zugeschrieben, ein neues Verzeichniß der deutschen Berufs- und Wahlconsulate im Auslande zu veranstalten, wobei namentlich auf die in letzter Zeit stattgehabten Veränderungen im Personalbestande und Vermehrung der Stellen Rücksicht genommen werden soll. Es steht zu erwarten, daß dies Verzeichniß in einer Weise hergestellt und buchhändlerisch vertrieben wird, welche es der commerziellen Welt ermöglicht, thunlichsten Nutzen daraus zu ziehen.

* Die „Vossische Zeitung" entnimmt Londoner Blättern die Meldung, daß an einer dieser Tage in London stattgehabten Besichtigung der Arbeiten am Canaltunnel (zwischen England und Frankreich) u. A. Herr Cumming Madden aus Berlin Theil genommen habe, welcher der Ueberbringer von schriftlichen Gutachten der Grafen Moltke und Waldersee, sowie anderer hervorragender deutscher Autoritäten zu Gunsten des Tunnelprojects gewesen sei. Demgegenüber wird der „Nordd. Allg. Ztg." von glaubwürdiger Seite versichert, daß weder der Chef des Generalstabes, noch der Generalquartiermeister ein schriftliches Gutachten über die in Rede stehende Materie abgegeben haben.

* Die Sitzung des Abgeordnetenhauses vom Montag bot nichts Besonderes. Die Holzzolldebatte wurde fortgesetzt, Herr Büchtemann bekämpfte ihn, Minister Lucius war — allerdings mit mehr gutem Willen als Glück — bemüht, dessen Nothwendigkeit zu erweisen. Die Bänke des Hauses waren so schwach besetzt, daß jede Auszählung die Beschlußunfähigkeit hätte darthun müssen. Interessant war nur das erste Erscheinen des Staatssecretairs der auswärtigen Angelegenheiten Grafen Hatzfeldt auf der Ministerbank; im Hause bemerkte man wieder den Abg. Eugen Richter, welcher, wie uns verläßlich mitgetheilt wird, für einen Reconvalescenten „recht wohl" aussah.

* Wie entschieden es in immer weiteren Kreisen anerkannt wird, daß die von der nationalliberalen Partei im Verein mit den Freiconservativen von Anfang an bestimmte und ihr in der Wahlagitation vielfach zum Vorwurf gemachte Opposition gegen die Steuererlasse durchaus gerechtfertigt und einzig den Grundsätzen einer gesunden Finanzpolitik entsprechend gewesen, davon legt die „Tribüne" Zeugniß ab, welche in einem sehr verständigen Artikel sich über diese Frage ausspricht. Das secessionistische Blatt sagt u. A.: „Wir sind für den Steuererlaß von 1881 niemals begeistert gewesen. Unsere Freunde im Abgeordnetenhause haben für denselben gestimmt und wir glauben, sie gegen die Vorwürfe, welche ihnen darüber gemacht werden, vollkommen vertheidigen zu können. Aber sie haben nur dafür gestimmt, nachdem die Maßregel von anderer Seite her angeregt worden war; sie selbst würden diese Maßregel niemals angeregt haben. Und wir halten es nur für unsere Aufgabe, sie gegen Vorwürfe zu vertheidigen, und sind weit entfernt davon, ihnen aus diesem ihrem Votum einen besonderen Ruhmestitel bereiten zu wollen. Wir haben es für keine glückliche Agitationsmethode gehalten, wenn einige fortschrittliche Blätter es ihrer Partei immer wieder und wieder zum Preise anrechneten, daß sie diesen glorreichen Steuererlaß angeregt und durchgeführt haben; wir haben uns auch stets sorgfältig dessen enthalten, den Nationalliberalen aus ihrem abweichenden Votum einen Vorwurf zu machen, da wir ihre Gründe, wenn auch nicht theilten, doch verstanden, und als wohl erwogen anerkannten. Wir können uns nimmermehr den Schluß gefallen lassen, daß, weil wir für den ersten Augenblick eine Maßregel von sehr zweifelhaftem Werth vorläufig hingenommen haben, wir irgend eine Verpflichtung hätten, dieselbe dauernd gelten zu lassen. Wir finden in der Lage, in welcher wir uns gegenwärtig befinden, den vollgiltigen Beweis dafür, in wie wenig durchdachter Weise die Regierung an ihre Reformpläne herangetreten, und wir entnehmen grade daraus die Berechtigung, eine Aenderung des eingeschlagenen Weges zu verlangen." Wir glauben, die hier vorgetragenen Anschauungen werden nachgerade von allen Parteien des Abgeordnetenhauses und innerlich vielleicht auch von der Regierung getheilt.

* Die Verwaltungsgesetze sollen um die Mitte des